

Tagesspiegel 17.09.2022

SEITE 21

Frage des Tages zur ART WEEK

Ist die Kunststadt Berlin zu retten?



KLAUS LEDERER

Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin und stellvertretender Bürgermeister

Die Veranstaltungen der Art Week sind ein leuchtendes Beispiel dafür. Ich denke zurück an den März 2020, als wir vor einer riesengroßen Krise standen und nicht wussten, wie lange sie dauern wird. Wir haben viele Maßnahmen ergriffen, um die Berliner Kulturszene zu stabilisieren. Und wir haben keinen Kulturort verloren. Wenn wir heute auf die Besucherzahlen schauen, sehen wir von der freien Szene über die privaten Kulturbetriebe bis hin zu den Institutionen eine positivere Gesamtbilanz als bundesweit in vielen anderen Städten. Die Theater haben anderswo mehr zu kämpfen als in Berlin, selbst wenn es auch hier nicht immer voll ist. Die Museen und Gedenkstätten sind heute auf einem höheren Niveau als vor der Pandemie. Und: Es entwickelt sich. Wir erleben es ja bei der Art Week. Die Veranstaltung zeigt, wie vielfältig die Szene in Berlin nach wie vor ist.

Natürlich gibt es auch Herausforderungen. Wir sehen es an den Uferhallen, wo Künstler:innen um ihre Ateliers fürchten. Wir haben damals ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet, mit dem Ziel, auf dem Gelände der Uferhallen eine Nutzung zu ermöglichen, die die Interessen der Künstler:innen in den Mittelpunkt stellt. Die Erwartung ist, dass das jetzt auch eingehalten wird. Wir sind im Gespräch mit dem Bezirk Mitte. Wir

schaun uns genau an, was auf dem Gelände geplant ist. Aber der erste Schritt war, ein Commitment dafür zu bekommen, dass die Künstler:innen am Ort weiterhin eine Rolle spielen.

Das Atelier- und Arbeitsraumproblem hat eine längere Vorgeschichte. Wir versuchen, die Situation zu verbessern, mit dem Arbeitsraumprogramm und durch die Errichtung öffentlicher Immobilien. Aber die große Inwertsetzungsdynamik in der Stadt können wir nicht bremsen, wenn nicht im Gewerbemietrecht etwas passiert und wenn jetzt in der Energiekrise nicht nachhaltige Unterstützung kommt.

Dazu wird die Kulturverwaltung natürlich auch ihren Teil beitragen. Auch für die Rieckhallen am Hamburger Bahnhof gibt es inzwischen ein „Memorandum of Understanding“, mit dem Ziel, dass wir die Hallen vor dem Abriss bewahren. Ich glaube, eine Stadt wie Berlin kann kulturpolitisch nicht zuschauen, wie ein Museumsbau abgerissen wird. Es ist eine Katastrophe, dass in der Vergangenheit auf Bundes- und Landesebene so eine Situation in Kauf genommen wurde.

Berlin ist nach wie vor ein Sehnsuchtsort für Künstlerinnen und Künstler. Aber die Verhältnisse in Berlin sind schwieriger geworden. Im Vergleich zu anderen europäischen Städten ist künstlerisches Arbeiten aber hier noch eher möglich als in durchgentrifizierten Zentren. Dafür muss auf Bundes- und Landesebene weiter gearbeitet werden. Viele Aspekte spielen dabei eine Rolle: Mietpreisbremse, Vorkaufsrecht, diese Dinge sind jetzt weggebrochen. Die Mietpreisbremse wirkt nicht richtig, und das Vorkaufsrecht aus Gründen des Milieuschutzes ist durch einen Gerichtsentscheid eingeschränkt worden. Kulturpolitisch allein wird man das Raumproblem in der Stadt daher nicht lösen. Aber wir erweitern die Kapazität der öffentlich geförderten und öffentlich bereitgestellten Arbeitsräume, um diesem Trend etwas entgegenzusetzen.

Außerdem versuchen wir, den Berlinerinnen und Berlinern niedrigschwelligen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Egal ob mit eintrittsfreiem Museumssonntag oder einer Verbesserung der Situation in den Musikschulen – oder jetzt mit dem Jugendkultur-Ticket. Gerade die bildende Kunst soll nicht als Distinktionsgewinn für Vermögende oder für die Mittelschicht wahrgenommen werden, sondern als ein Gemeingut für alle. Das ist die Herausforderung.

**Die
Kulturpolitik
allein kann
bestehende
Probleme
nicht lösen**